

INHALT

FriEnt-Team

[Chancen für zivile Konfliktlösung in Nagorny-Karabach](#) 1

Mitgliedsorganisationen

[Konsortium ZFD: Zehn Jahre Ziviler Friedensdienst](#) 2

[BMZ/GTZ: Der schwierige Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren](#) 4

[Misereor: Afrikasynode zu Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden](#) 5

[Hbs: Frieden, Sicherheit und Geschlechterverhältnisse](#) 6

[EED: Gender und Kriege in Afrika](#) 7

Impuls

[Dayna Brown: Listening to People on the Receiving End of Assistance](#) 8

FriEnt Tipps & Infos

[Konferenz der FES: Wahlprozesse, Demokratisierung und Konflikt](#) 11

[Reflecting on Peace Practice: Austausch- und Trainingsworkshop](#) 12

[Europäischer Entwicklungsbericht: Fragilität in Afrika überwinden](#) 13

FriEnt-Team

Chancen für zivile Konfliktlösung in Nagorny-Karabach

Welche Chancen und Risiken ergeben sich nach dem Georgien-Krieg für die Konfliktlösung um Nagorny-Karabach? Birgt die Debatte um Statusfrage und territoriale Integrität neue Ansätze der Konfliktlösung für diesen noch als „eingefroren“ bezeichneten Konflikt? Kommt durch die vorsichtige Annäherung der Türkei an Armenien neue Bewegung in die Verhandlungen auf höchster Ebene? Welche Akteure sind für die gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung vor Ort von Bedeutung? Welche Möglichkeiten gibt es für entwicklungspolitische Akteure? Diese Fragen spannten den Rahmen des dritten FriEnt-Rundtischs Südkaukasus, der am 29. Oktober 2009 in den Räumen der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin stattfand.

Nach einem Eingangsreferat aus dem Auswärtigen Amt tauschten sich die Teilnehmenden über die aktuelle Lage aus. In der Diskussion wurde betont, dass die international vermittelte Annäherung von Armenien und Aserbaidschan erste Erfolge vorzuweisen habe und auch die türkisch-armenische Annäherung neue Dynamik in das Konfliktgefüge bringe. Eine nachhaltige Konfliktlösung sei jedoch weiterhin nicht abzusehen. Auch die lokalen Akteure blieben skeptisch, da die Verhandlungen nur auf höchster politischer Ebene geführt würden.

Als besonders besorgniserregend wurde die zunehmende Radikalisierung in den Ländern empfunden. Insbesondere die de facto Abschottung der Konfliktregion gefährde eine einvernehmliche gewaltfreie Konfliktlösung. Insgesamt stelle sich auch verstärkt die Frage nach der innenpolitischen Durchsetzbarkeit möglicher Verhandlungsergebnisse. Daher sei es von zentraler Bedeutung, die gesellschaftlichen Debatten innerhalb der Region voranzubringen und die Bevölkerung an den Diskussionen um Friedensoptionen zu beteiligen.

Der zweite Teil des Rundtisches diente der Vorstellung von Programmansätzen und der Diskussion von Herausforderungen und Handlungsspielräumen. Die britische NRO Conciliation Resources stellte dabei Erfahrungen aus einem Dialogprogramm mittels Filmarbeit vor und präsentierte Ergebnisse einer Reihe von Studien von unterschiedlichen Experten aus der Region. Die Heinrich-Böll-Stiftung brachte ihre Erkenntnisse aus der langjährigen regionalen Arbeit mit Akteuren aus Nagorny-Karabach ein. Dabei wurde die grundsätzliche Herausforderung hervorgehoben, wie Projekte in der Konfliktregion unter den derzeitigen Bedingungen überhaupt eine friedensfördernde Wirkung entfalten können, solange grenzüber-

schreitender Austausch politischen Bedrohungen ausgesetzt ist. Außerdem wurden der aktive Einbezug von Akteuren aus Nagorny-Karabach, die gesellschaftliche Legitimationsbasis von zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie die Notwendigkeit der nachhaltigen Förderung des Aufbaus von demokratischen Institutionen und von Aus- und Fortbildung diskutiert.

Handlungsspielräume, die verstärkt genutzt oder genauer geprüft werden sollten, sind aus Sicht der Teilnehmenden insbesondere das Einwirken auf eine deutsche und europäische Kaukasuspolitik, die Vertrauensbildung und zivile Maßnahmen der Konfliktbearbeitung weiterhin in den Vordergrund stellt sowie die Unterstützung der türkisch-armenischen Annäherung und der internationalen Vermittlung. Den politischen Eliten müsse dabei aufgezeigt werden, dass ein Friedensprozess wertvoller sei als die Erhaltung des Status Quo. Für entwicklungspolitische Akteure kommt es aber zunächst auf eine Stärkung von Ansätzen gewaltfreier Konfliktbearbeitung innerhalb der jeweiligen Länder und die verstärkte Einbeziehung von Akteuren aus der Konfliktregion an. Ebenso sei ein intensiverer Erfahrungsaustausch der deutschen Organisationen vor Ort sinnvoll.

Abschließend waren sich die Teilnehmenden einig, dass der FriEnt-Rundtisch möglichst halbjährlich zusammenkommen und sich unter anderem mit dem Einbezug von Konfliktregionen in entwicklungspolitische Arbeit, Fragestellungen zur Rolle externer Akteure und der EU-Kaukasuspolitik widmen sowie die Vorstellung der organisationseigenen Programmansätze fortsetzen sollte.

Weitere Informationen

Caroline Kruckow, FriEnt
Caroline.Kruckow@bmz.bund.de

Links & Literatur

[Five years forward... the Nagorny Karabakh conflict](#)

Conciliation Resources | 2009

[Nagorno-Karabakh: Getting to a Breakthrough](#)

ICG | Europe Briefing No. 55 | 2009

[Der Konflikt um Nagorny-Karabach](#)
 Auswärtiges Amt | 2009

Mitgliedsorganisationen

Konsortium ZFD: „Wir scheuen keine Konflikte“ – Zehn Jahre Ziviler Friedensdienst

Am 26. November 2009 findet in Berlin mit geladenen Gästen unter Teilnahme von Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel der Jubiläumsfestakt zum zehnjährigen Bestehen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) statt. Im November 1999 wurden die ersten ZFD-Fachkräfte verabschiedet. Ihre auch zehn Jahre danach noch gültige Aufgabe: Zivile Kräfte in den jeweiligen Ländern dabei stärken, Konflikte friedlich zu regeln und gewalttätige Auseinandersetzungen zu verhindern.

Der Zivile Friedensdienst hat seine Vorgeschichte in den Diskussionen in Friedens- und Entwicklungsorganisationen seit Anfang der 1990er Jahre. Vor dem Hintergrund der Kriege in Ex-Jugoslawien, die die Menschen in Europa nach vielen Jahren des Friedens erschütterten, stellten sich Fragen nach einem Weg, Gewalt ohne militärische Mittel einzudämmen und die zivilen Kräfte in der Gesellschaft dabei zu stärken, Konflikte friedlich zu regeln. Als Antwort haben acht Friedens- und Entwicklungsdienste, die heute im Konsortium Ziviler Friedensdienst zusammengeschlossen sind, gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den ZFD als staatlich-zivilgesellschaftliches Gemeinschaftswerk aus der Taufe gehoben. Seine Grundlage sind die im April

2008 überarbeiteten „Gemeinsamen Standards des ZFD“, in denen die zentralen Ansätze und Handlungsfelder definiert wurden.

Bisher wurden insgesamt 514 ZFD-Fachkräfte in 50 Länder entsendet. Im Jahr 2010 werden erstmals über 200 Fachkräfte gleichzeitig in mehr als 40 Ländern lokale Partnerorganisationen dabei unterstützen, Brücken über Konfliktlinien hinweg aufzubauen und Maßnahmen zu fördern, die zivile Konfliktbearbeitung stärken. Das BMZ erhöhte im Jahr 2009 das Budget für den ZFD auf 30 Millionen Euro (2008: 19 Millionen Euro). Insgesamt wurden bisher rund 116 Millionen Euro für die Arbeit des Zivilen Friedensdienst zur Verfügung gestellt. In den vergangenen Jahren wurde auf der Grundlage fortlaufender Fortschrittskontrollen und Evaluierungen der Aufbauphase die Qualität und Wirksamkeit der ZFD-Projekte kontinuierlich fortentwickelt. So wurde zum Beispiel die strategische Kooperation unter den Trägern gestärkt, es wurden trägerübergreifende Länderstrategien erarbeitet, die Ausbildung und Vorbereitung der Fachkräfte weiter verbessert und Systeme zur Wirkungsbeobachtung eingerichtet. Zudem wird 2009/2010 die Arbeit des ZFD umfassend evaluiert.

Nicht nur die Zahlen zeigen – der ZFD hat sich als Instrument deutscher Friedenspolitik etabliert. Laut dem von der Bundesregierung in 2004 veröffentlichten Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ ist der ZFD das „wichtigste friedenspolitische Instrument zur Förderung von Friedenspotenzialen der Zivilgesellschaft“. Der zweite Umsetzungsbericht des Aktionsplans von 2008 nennt ihn eine Erfolgsgeschichte. Der Zivile Friedensdienst genießt weltweite Anerkennung und ist in seiner institutionalisierten Form bis heute Vorreiter. Die Rückmeldungen der Partner bestätigen: Krisenprävention und Friedensförderung benötigen langfristiges Engagement, um das Verhalten von Konfliktakteuren nachhaltig zu ändern und Strukturen zu schaffen, in denen zivile Transformationsprozesse gestaltet werden können. Hier liegt eine Stärke des ZFD. Dabei ermöglicht die plurale Träger- und Partnerstruktur es dem ZFD, in komplexen und vielschichtigen Konflikten angemessen zu agieren.

Weitere Informationen

Anne Storcks & Carsten Montag,
Sprecher des Konsortiums ZFD
konsortium@ziviler-friedensdienst.org

Links & Literatur

[Webseite des Konsortiums Ziviler Friedensdienst](#)

[Literatur zum Zivilen Friedensdienst](#)
Vera Kahlenberg | Akademie für Konflikttransformation | 2009

Zur Ausschöpfung der Potentiale und für die weitere Entwicklung des ZFD ist ein organisches Wachstum des Programms mit einer langfristigen Perspektive unabdingbar. Es bedarf einer Programmfinanzierung, die einerseits Planungssicherheit gewährt und andererseits den dynamischen, sich permanent wandelnden Kontexten Rechnung trägt. Nur so kann eine solide Planung mit den Partnerorganisationen gewährleistet werden, ohne deren Mandat und Ownership der ZFD seine Wirksamkeit nicht entfalten kann. Seine Chance liegt im unmittelbaren Zugang zur Bevölkerung, den die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen ermöglicht. Hierfür ist die Unabhängigkeit des ZFD von staatlicher Programmlogik und sicherheits-

politischen Strategien unerlässlich. Nur mit einer gleichberechtigten und partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und den zivilgesellschaftlichen Trägern können ZFD Maßnahmen ihre Stärken entfalten.

Die Trägerorganisationen des ZFD setzen sich auch in ihrer Inlandsarbeit für die Überwindung ungerechter Strukturen, gegen Aufrüstung, Militarismus und Rüstungsexporte und für die Stärkung ziviler Krisenprävention ein. Seit Anfang dieses Jahres profiliert eine gemeinsame Öffentlichkeitskampagne des Konsortiums ZFD das Instrument Ziviler Friedensdienst in der deutschen Öffentlichkeit. In diesem

Rahmen entstand beispielsweise die Ausstellung „Wir scheuen keine Konflikte“, die das weltweite Engagement des ZFD und seiner Fachkräfte zeigt. Diese wird Anfang 2010 auch als Plakatversion zur Verfügung stehen. Am 29. November erscheint zudem das Reportagenbuch „Gewaltfrei für den Frieden“. Zehn Journalistinnen und Journalisten berichten darin über Menschen in zehn Ländern, die dem ZFD ihr Gesicht gegeben haben.

BMZ/GTZ: Rebellen, Warlords, Freiheitskämpfer. Der schwierige Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren

Am 27. und 28. Oktober fand in Berlin eine vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) gemeinsam organisierte Fachkonferenz zum Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren statt. 85 Teilnehmer aus Bundesministerien (AA, BMI, BMVg und BMZ), den Durchführungsorganisationen, aus Wissenschaft und Forschung sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen nahmen teil, um verschiedene Herausforderungen und Erfahrungen im Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren zu diskutieren und zu analysieren. Das Ziel der Veranstaltung war es, einen Dialog über die Herausforderungen zu führen, die einzelnen Bundesressorts im Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren sehen und welche Chancen, Risiken und Gefahren die Interaktion mit ihnen, aber auch ihre Nichtbeachtung birgt.

Nichtstaatliche Gewaltakteure („Non-State Armed Groups“ – NSAG) stellen das Gewaltmonopol des Staates in Frage, üben häufig Territorialkontrolle aus und haben politische Machtansprüche. Der Begriff NSAG ist neutral, weder normativ noch emotional belegt. Damit werden die Gruppen zunächst unabhängig von ihren Zielen, Mitteln und Motiven betrachtet, was ihre voreilige Stigmatisierung vermeidet.

Die Thematik der nichtstaatlichen Gewaltakteure ist für die deutsche Sicherheits-, Entwicklungs- und Außenpolitik nicht neu, allerdings haben sich die Dimensionen und der internationale Kontext, in dem die NSGA agieren, in den letzten Jahren verändert und die Bedeutung der NSGA hat zugenommen. Viele Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sind heute fragil und geprägt von Gewaltkonflikten, in denen NSAG eine zentrale Rolle spielen.

Das BMZ ist das Ressort innerhalb der Bundesregierung mit einer umfangreichen Praxiserfahrung im Umgang mit NSGA, denn durch ihre langfristige Präsenz in Konfliktregionen – auch außerhalb der Hauptstädte – wird die deutsche EZ von machtpolitischen Veränderungen in den Partnerländern beeinflusst und muss darauf reagieren. Für die staatliche EZ gibt es jedoch klare Vorgaben zur Achtung des Souveränitätsprinzips und des staatlichen Gewaltmonopols des Partnerlandes. Die Zivilgesellschaft hat hier oft mehr Spielraum und kann etwa demokratische Akteure auf andere Weise stärken, als es staatlichen Akteuren möglich ist. Aber auch diese kommen an einer Interaktion mit NSAG – selbst wenn sie nur informell und punktuell geschieht und über Mittler gestaltet wird – nicht vorbei, wenn sie in Gebieten arbeitet, die von NSAG kontrolliert werden. Diese Problematik

Weitere Informationen

Christine Toetzke, BMZ
Christine.Toetzke@bmz.bund.de

Christine Meissler, BAKS
Christine.Meissler@baks.bund.de

Nina Scherg, GTZ
Nina.Scherg@gtz.de

Links & Literatur

[Entwicklungszusammenarbeit im Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren](#)

Jörn Grävingsholt/ Claudia Hofmann/
Stephan Klingebiel | DIE | 2007

[FriEnt-Webseite zu Blockadekräften](#)

wurde während der Konferenz anhand von vier Fallbeispielen (Nepal, Sudan, Palästinensische Gebiete, Afghanistan) von den Teilnehmern ausführlich diskutiert. Dabei wurde auch deutlich, dass es möglich ist, Regeln für den Umgang mit NSAG zu formulieren und unter externen Akteuren abzustimmen. Dies ermöglicht ein kohärentes Auftreten und trägt unter Umständen auch zur Zivilisierung der NSAG und zum Friedensprozess bei.

Misereor: Afrikasynode der katholischen Kirche zu Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden

„Afrika – Erhebe Dich!“ Mit diesem Schlusswort beendeten am 25. Oktober 225 Bischöfe, Kleriker und Laien der katholischen Kirche die zweite Spezialsynode für Afrika zum Thema „Die Kirche im Dienst von Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden“ in Rom. Drei Wochen lang diskutierten sie intensiv über die verschiedenen Situationen in ihrem Kontinent. In über 200 Kurzdarstellungen wurden dazu die derzeitigen Probleme der Armut, der Konflikte und andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen, der Demokratieentwicklung, der Guten Regierungsführung, der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, des Menschenhandels, Aids, der Migration und vieles mehr angesprochen. Fast alle dieser Situationen sind verursacht durch Menschen und entspringen häufig einer Komplizenschaft einheimischer Führungseliten und ausländischer Interessen. Es werden aber auch die guten Entwicklungen der letzten Jahre gesehen: Befriedung von Bürgerkriegen, Entwicklung demokratischer Strukturen in einigen Staaten, die Bemühungen um eine erneuerte Afrikanische Union und das NEPAD-Konzept. Die Bischöfe sehen in den Menschen Afrikas viele gute Potentiale, die es zu nutzen gilt.

Schließlich wurden 57 Aussagen und Vorschläge an den Papst als vorläufiges Abschlussdokument überreicht. Im Kern sehen sich darin die Vertreter der Kirche selbst als Instrument für Frieden und Versöhnung und nehmen sich auch als Einheit der Kirche in die Pflicht, für Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden einzustehen. Dazu gehört die Arbeit der Bewusstseinsbildung wie auch der Aufbau eigener modellhafter Strukturen der guten Regierungsführung und Transparenz sowie der nicht parteiischen Ausübung von Führungsrollen. Ein Appell richtet sich dabei insbesondere an Katholiken in Führungspositionen: „Afrika braucht Heilige in hohen Ämtern“. Das Beispiel von Julius Nyerere, dem ehemaligen Präsidenten Tansanias, wird als gutes Beispiel gesehen. Diejenigen Politiker, die in ihrer Amtsausübung kein gutes Beispiel abgeben, sollten bereuen oder zurücktreten.

Die zu erreichende Versöhnung wiederum setzt wahre Vergebung voraus, um zu den wahren Ursachen der Konflikte zu kommen. Dazu ist es unumgänglich, im Anderen die unverwechselbare Würde – und nicht seine ethnische oder religiöse Herkunft – zu sehen.

Die zahlreichen kirchlichen Initiativen zum interreligiösen Dialog, insbesondere mit dem Islam, und Initiativen zur Mediation werden als Modell für alle Ortskirchen herausgestellt. Dieser Dialog soll ein Dialog des Lebens und kein religionswissenschaftlicher Dialog sein. Der Auftritt des Präsidenten der FAO, selber Muslim, sowie des Patriarchen der orthodoxen Kirche Äthiopiens vor der Synode setzte ein gutes Zeichen für diese Dialogbereitschaft der katholischen afrikanischen Kirche.

Wesentliche Voraussetzung für Frieden und Versöhnung ist die nachhaltige Bekämpfung von Armut. Dies gilt insbesondere für die Jugend, die häufig mehr als 50 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Sie sollen an vorderster Stelle den sozia-

Weitere Informationen

Michael Hippler, Misereor
Michael.Hippler@misereor.de

Links & Literatur

[Vorläufiges Abschlussdokument der Afrikasynode](#)

len Wandel und friedvollen Prozess gestalten, statt für Ideologien oder bewaffnete Auseinandersetzungen benutzt zu werden.

Die Erklärung enthält auch Aufrufe an die Internationale Gemeinschaft. Afrika soll mit Respekt und Würde behandelt werden. Afrikanische Migranten, die unter uns leben, verdienen es, geachtet und gerecht behandelt zu werden. Gleichzeitig setzen sich die Vertreter und Vertreterinnen der Kirche für den Aufbau einer Gesellschaft ein, die den Jugendlichen Perspektiven in ihrer Heimat gibt. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass das internationale Regelwerk geändert werden muss, aber eben nicht zu Gunsten der Reichen und auf Kosten der Armen. Gerade die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, dass sie mitschuldig wurden an den Konflikten und Kriegen in Afrika. Die Umweltzerstörung und die gierige Ausbeutung von natürlichen Ressourcen müsse aufhören.

Für viele der Teilnehmer und Teilnehmerinnen hat die Synode bewirkt, sich selbst stärker als Teil des Kontinents und der Kirche in Afrika wahrzunehmen und dabei auch die vielen Möglichkeiten des gemeinsamen Engagements zu erkennen. Als ein wesentlicher Beschluss der stärker politisch ausgerichteten Arbeit ist die Einrichtung von parlamentarischen Verbindungsbüros in einigen Ländern sowie bei der AU zu sehen.

Hbs: Frieden, Sicherheit und Geschlechterverhältnisse

Mit der Publikation „Frieden, Sicherheit und Geschlechterverhältnisse“ präsentiert das Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung ein ausführliches Positionspapier für die internationale Debatte zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Die Veröffentlichung veranschaulicht, wie Krisenprävention und Konfliktbearbeitung konsequent mit Geschlechtergerechtigkeit zu verbinden und bestehende Machtasymmetrien auszugleichen sind, die jede Gesellschaft dieser Welt strukturieren. Dazu gehört auch zu hinterfragen, wer Sicherheit wie definiert und für wen, mit welchen Mitteln und durch welche Institutionen Sicherheit hergestellt werden soll.

In frauenpolitischen und feministischen Netzwerken ist das Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Konzepten im letzten Jahrzehnt gewachsen. Für ihr verstärktes Engagement spielt die Verabschiedung der UN-Resolution 1325 im Jahr 2000 eine wichtige Rolle. Mit dieser Resolution wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen eine völkerrechtlich bindende Vorgabe zur Beteiligung von Frauen an Entscheidungen über Krieg und Frieden gemacht. Sie erkennt an: Bewaffnete Konflikte hängen auch mit ungerechten Geschlechterverhältnissen zusammen. Die „Genderthematik“ muss daher in die Konfliktbearbeitung aufgenommen und darin mitgedacht werden. Entsprechend melden Frauenorganisationen erneut ihre Ansprüche an, in politischen Entscheidungen um Krieg und Frieden repräsentiert zu sein. Sie fordern ihre Rechte auf politische Mitwirkung bei der Krisenprävention, bei friedenserhaltenden Maßnahmen und in der Konfliktbearbeitung ein.

Die Strategien der internationalen Sicherheitspolitik haben sich mit der Zunahme globaler Ungleichheiten, dem Ende des Ost-West-Konflikts und den Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus grundlegend gewandelt. Die Europäische Union ist mehr denn je zum internationalen Akteur geworden und hat ihre

Weitere Informationen

Gitti Hentschel, Heinrich-Böll-Stiftung
Hentschel@boell.de

Links & Literatur

[Frieden, Sicherheit und Geschlechterverhältnisse - Feministische Positionen und Perspektiven zur Friedens- und Sicherheitspolitik](#)

Schriftenreihe des Gunda-Werner-Instituts | Band 6 | Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung | Berlin | Oktober 2009 | 80 Seiten

Sicherheitspolitik strategisch neu definiert. Die Neuorientierung und Umstrukturierung staatlicher und zwischenstaatlicher militärischer Organisationen wie der Bundeswehr oder der NATO sind in vollem Gange. Die Geschlechterfrage wird in der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik sowie in den entsprechenden Analysen aber nach wie vor ausgeblendet. Das vorhandene Wissen über Geschlechterverhältnisse sollte von den militärischen Institutionen und sicherheitspolitischen Akteuren stärker genutzt werden, so lautet eine Empfehlung der Publikation.

EED: Gender und Kriege in Afrika

Zu einem Vortrag und Austausch mit Dr. Rita Schäfer, freie Gutachterin und Autorin des Buchs „Frauen und Kriege in Afrika“, trafen sich am 6. November rund 30 Mitarbeitenden des EED in Bonn. Die Diskussion fand im Rahmen der gemeinsamen Genderstrategie „Wir schließen die Lücke zwischen Theorie und Praxis“ von EED und Brot für die Welt statt.

In ihrem Vortrag ging Rita Schäfer auf neuere Erkenntnisse aus der Gender- und Konfliktforschung ein, die zu Maskulinität und einem militarisierten Männlichkeitsymbol im Zusammenhang mit gewaltsamen Konflikten und Nachkriegsgesellschaften in Afrika vorliegen. Um Kriege und Gewaltdynamiken zu verstehen, sei die Analyse der unterschiedlichen Rollen von Männern und Frauen im Konfliktverlauf ein zentraler Schlüssel. Vor Kriegsbeginn sei zum Beispiel häufig eine Aufladung bestimmter Gender-Stereotypen zu beobachten. Durch Einübung kriegerischer Männlichkeitsmuster und der Instrumentalisierung einer auf Gewaltausübung ausgerichteten Maskulinitätssymbolik nehme die Gewaltdynamik an Fahrt auf und sei schwer zu bremsen. Werden diese Rollenmuster dann in Nachkriegsgesellschaften beibehalten, bleibe die Gewaltbereitschaft hoch und häusliche Gewalt nehme zu. Ein gesicherter Frieden sei so in weiter Ferne. Entsprechend sei es eine Herausforderung für die Entwicklungspolitik und für eine nachhaltige Friedenssicherung, militarisierte Männlichkeitssymbolik zu bearbeiten.

In der anschließenden Diskussion wurde hervorgehoben, dass die Arbeit an Rollenverhalten und Geschlechterhierarchien sowohl in Präventionsansätzen wie auch in Ansätzen zur nachhaltigen Friedenssicherung zu berücksichtigen seien. Auch Empowermentansätze für Frauen müssen Männer strategisch mit einbeziehen, um eine positive Änderung der Männlichkeitsmuster und nachhaltigen Wandel der geschlechtsspezifischen Rollen erreichen zu können. Kirchen und religiöse Akteure haben große Einflussmöglichkeiten auf gesellschaftliche Normenbildung und Wandel und damit auch die Fähigkeit, neue Rollenmodelle jenseits geschlechterbezogener Klischees zu entwickeln. Für die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit liegt damit eine spezifische Herausforderung in der Stärkung und Vernetzung kirchlicher Partner vor Ort.

Weitere Informationen

Caroline Kruckow, FriEnt/EED
Caroline.Kruckow@eed.de

Links & Literatur

[Frauen und Kriege in Afrika](#)
[Ein Beitrag zur Genderforschung](#)
 Rita Schäfer | 2009

[Männlichkeit und Bürgerkriege in Afrika](#)
 GTZ Issue Brief | 2009

[Kriegerische Männlichkeit](#)
 in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 46, 2009

[Sonke Gender Justice Network](#)

Impuls

Listening to People on the Receiving End of International Assistance

CDA Collaborative Learning Projects ist in den vergangenen drei Jahren der Frage nachgegangen, wie Menschen in Ländern des globalen Südens internationale (Entwicklungs-)Zusammenarbeit wahrnehmen und welche Lehren daraus für die Gestaltung zukünftiger Programme gezogen werden können. Das sogenannte „Listening Project“ hat dafür in 19 Ländern Gespräche mit unterschiedlichen Akteuren geführt, die nicht direkt in Programme involviert waren („receiving end“). Dayna Brown, die Direktorin des Projekts, fasst in diesem Impuls-Artikel die wichtigsten Ergebnisse zusammen und blickt dabei insbesondere auf Konfliktländer.

Why Systematically Listening is Important

Evaluation and impact measurement are receiving increasing attention from donors, NGOs and others involved in international assistance efforts. We all want to learn how to do our work more effectively. We all want to be able to trace the impacts and outcomes of our efforts. We all are worried that, in spite of all the money spent and work done to support development and peace, events seem to overwhelm results and many people continue to live in poverty and conflict. As one piece of the puzzle of why well-intentioned international assistance has not accomplished what we hoped, it makes sense to ask people in recipient societies how they understand the successes and failures, or the effectiveness (or lack thereof) of these international assistance efforts.

While there is also a lot of discussion about improving accountability, donors and other aid agencies do not have systematic and effective processes by which the "providers of aid" listen to, and really hear, how people on the receiving end of these efforts feel about aid efforts in their countries. Nonetheless, it is clear that there are many sophisticated and experienced people in the societies where much aid has been provided. They sort among the varieties of experiences they have had, they often judge with care how and why outcomes – both intended and unintended – followed; they can trace impacts beyond those anticipated. In short, there are many people who can provide information and insight, based on first-hand experience, about what works, or not, why and for whom in the current international assistance system.

Listening Project Approach

Begun in late 2005, the Listening Project has been gathering the insights of people who live in societies that have been on the recipient side of international assistance efforts (humanitarian aid, development cooperation, peace-building activities, human rights work, environmental conservation, etc.). Listening Exercises have been held in a wide variety of contexts, including Aceh (Indonesia), Afghanistan, Angola, Bolivia, Bosnia-Herzegovina, Burma/Myanmar, Cambodia, East Timor, Ecuador, Ethiopia, Kenya, Kosovo, Lebanon, Mindanao (Philippines), Thailand and Zimbabwe. Small teams composed of staff of international and local NGOs and CDA facilitators held conversations with a variety of local people, including community members, government officials, religious and traditional leaders, civil society organizations, teachers, health workers, business people, youth and children, women and men, etc. So far, the Listening Project has collaborated with nearly 300 staff from over 100 organizations and has held conversations with more than 4,500 people.

Each Listening Exercise produces a report that captures what people have said as they reflected on and analyzed the impacts of international assistance on their lives and on their societies. Over the past year, the Listening Project has also produced four *Issue Papers* which identify some of the emerging issues that seem most important to people across the locations visited so far. These (and forthcoming) papers are being discussed and tested against the experiences of donors, NGOs, government representatives and others involved in the delivery of international assistance in *Feedback Workshops*, including one which was hosted by Fri-Ent in Bonn in November.

What People Say

Among the many places visited by the Listening Project so far, people have consistently expressed appreciation for international assistance efforts, but they also say that they want those funding and providing assistance to be more serious about ending poverty and addressing the underlying causes behind it. With all of the money and time that has been contributed, people expect more to have been accomplished. As a government official in Kosovo said, "Without aid, we could not survive and there would be no life in Kosovo. It is not fair to say that no difference was made, but what was possible was not exactly what was done."

Across the various contexts, people have raised a number of issues that they feel need to be addressed in order to make international assistance efforts more effective, including:

1. *The systems and structures of international assistance (the "business model") are too focused on the efficient delivery of goods and services and not enough on relationships.*

People in all places talk about how donors and agencies are more focused on spending money quickly rather than on spending it well, and that in this haste they often do not spend enough time to establish and maintain effective relationships with their local partners and those they are intending to help. As a Buddhist Monk in Thailand said, "People come from the outside and do not spend time to get to know the community and the area. They see what is on the surface and they only see problems."

The director of an international NGO working on the Thai-Burma border captured the challenges, saying "Donors demand task focused work. Staff would love to have more time to talk to people in the camp. But we have reports due, with facts, and numbers. The donors are not helping us be respectful because they come with their new ideas, trends and we have to jump....We end up with ridiculous time frames to do things. We cut out the process and spend the rest of the year doing damage control." People in many places talk about how a good process is intrinsic to good results and there are many calls for agencies to focus more on their relationships and to communicate more effectively. People suggest that aid providers need to slow down, get to know people, and invest the necessary time in order to learn about the real circumstances and local capacities, to show respect for peoples' ideas and opinions, and "to help us solve our problems together." As a coordinator of a Lebanese NGO said, "We need strategic, long-term partnerships with donors. The impact doesn't come overnight. We need to know that we can rely on their support not only tomorrow."

Issue Papers des CDA-Project

[International Assistance as a Delivery System](#)

[Cascading Effects of International Agendas and Priorities](#)

[Presence: "Why Being Here Matters"](#)

["Discuss Together, Decide Together, Work Together"](#)

2. *External agendas, priorities, fads and trends determine the types of assistance people receive and are able to access and are often disconnected to the realities of the situation on the ground.*

As a local government official in Sri Lanka said, "Participatory planning is just a phrase. Money and time are limited from the donor side and an agenda has already been set long before agencies go into communities."

A Bishop in Kenya suggested that outside agencies need to better understand the local situation when making decisions, saying "There are problems when people's needs don't match the donors' target groups. For instance, donors (to the church) wanted to help only the hungry in Tharaka District when there were others who were just as needy in other parts of the Diocese. The church leaders had to reconcile with the communities because they could not interfere with the proposal that was funded by the donor. Donors need to listen to the mobilizers and agree with them on what to do."

Perverse incentives are also often created by international donor agendas and priorities, particularly in areas affected by conflict. For instance, in Kosovo people noted that the shift from funding efforts to help Kosovar Albanians just after the NATO bombing to supporting the return of Kosovar Serbs in order to achieve the international objective of a multi-ethnic society often increased inter-group animosity. As one person said, "5 months ago we went to talk to [an international] agency. We asked them to help poor families that were not displaced, but we were told that this was not possible. We said, 'Well what do we have to do to get assistance, leave Kosovo and come back again?'" Others were upset about the targeting of multi-ethnic communities, often to the neglect of mono-ethnic ones. As another person said, "To get aid, not only does your community have to have many ethnic groups, they have to have problems with each other too!"

Many people were also critical of "pre-packaged assistance" and the focus on funding priorities deemed important by the providers of international assistance. As a director of a local NGO in Lebanon suggested, "There are two methods of aid: one is that local people portray their needs, the other is that donors have a plan. I think when the aid responds to the needs voiced by the people, it is more effective."

3. *People in recipient societies want to play a more active role in their own development, saying that they want to "discuss together, decide together, and work together."*

In calling for more effective participation, people in recipient societies want aid providers to be transparent and open to discussing all aspects of their assistance efforts, including: the local context; agendas (external and internal); mutual expectations; assumptions behind different approaches; process and criteria for beneficiary/project selection; constraints/ limitations; implementation plans; the changing dynamics/context; and finally, exit strategies.

Weitere Informationen

Dayna Brown, CDA Collaborative Learning Projects
dbrown@cdainc.com

The importance of local participation is particularly important in places affected by conflict. As a local peacebuilding practitioner in Mindanao said, "There are multiple stakeholders in the peacebuilding and development process. Many local actors are initiators and leaders on the ground. But a genuine grassroots organizing process can only be achieved and sustained when the government and international partners are collaborating and agree on the aims."

In summary, people on the receiving end of international assistance efforts suggest that to make aid efforts more effective, donors and aid agencies need to slow down, listen more, build effective relationships and be more careful about who they work with, monitor regularly, and pay more attention to supporting local capacities and priorities.

Dayna Brown is the Director of the Listening Project at CDA Collaborative Learning Projects.

FriEnt Tipps & Info

FES: Wahlprozesse im Spannungsfeld von Demokratisierung und Konflikt

Unter welchen Voraussetzungen können Wahlprozesse eine friedliche und demokratische Entwicklung fördern, unter welchen Umständen wirken sie konfliktverschärfend? Und welche Rolle spielen internationale Akteure bei solchen Prozessen? Diesen und weiteren Fragen stellten sich Experten aus Wissenschaft und Praxis auf der Fachkonferenz „Risking Elections – Milestone or Stumbling Block for Democratization“. Die Konferenz, organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung, diente der Diskussion über Gefahren und Lösungsansätze bei der Unterstützung von Wahlen im Rahmen der externen Demokratieförderung. Die Bandbreite von Hindernissen, aber auch Chancen für die Durchführung von Wahlen wurde am Beispiel verschiedener Postkonfliktländer verdeutlicht.

Bei der erfolgreichen Durchführung der letzten Wahlen stach in Bangladesch die konstruktive Rolle der Interimsregierung und des Militärs hervor: Sie gewährleisteten die Einsetzung einer unabhängigen und allgemein anerkannten Wahlkommission, eine umfassende Wählerregistrierung sowie Sicherheit am Wahltag. Demgegenüber stehen eher holprige Wahlprozesse wie in der Elfenbeinküste. Hier ist die erforderliche Sicherheit auch aufgrund eines schleppend vorangehenden Demobilisierungsprozesses der Rebellen nicht vollständig gegeben. Prominentestes Beispiel bei der Konferenz war Afghanistan. Die Wahlen im August und die folgenden Geschehnisse verdeutlichen die zahlreichen Probleme bei Demokratisierungsprozessen in (Nach-) Kriegsgesellschaften, die die Durchführung von Wahlen als fremdbestimmt empfinden. Dr. Gunter Mulack, Mitglied der EU-Wahlbeobachtermission, betonte daher die Bedeutsamkeit einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen internationaler Gemeinschaft und nationalen wie lokalen Eliten. Auch John Githongo, ehemaliger Staatssekretär für „Governance und Ethik“ in Kenia, unterstrich die Notwendigkeit vertrauensbildender Maßnahmen. Denn bei den letzten Wahlen in Kenia habe eine mangelnde „software“ Politik, also der Aufbau von Vertrauen in ein demokratisches System, zu den gewaltsamen Unruhen beigetragen. Dr. Winrich Kühne, Gastprofessor am Bologna Center der John Hopkins Universität, warnte davor, scheinbar technische Details aus dem Blick zu verlieren, da Vorgänge wie Wählerregistrierung oder die Zusammensetzung von Wahlkommissionen hohe politische Wirkung entfalten.

Weitere Informationen

Catrina Schläger, FES
Catrina.Schlaeger@fes.de

Katrin Knauder, FES
Katrin.Knauder@fes.de

Links & Literatur

Ein Audiobeitrag zum Thema Wahlen und Konflikt, im Rahmen der Konferenz produziert, sowie Interviews mit Teilnehmern stehen auf der [Webseite der FES](#) zur Verfügung.

Am Ende des Tages schien eines festzustehen: Demokratisierung ist ein langer und schwieriger Weg, insbesondere in Zeiten von Wahlen. Aber auch wenn in jungen Demokratien, so Dr. Jack Snyder, Professor für Internationale Beziehungen an der Columbia Universität in New York, die Förderung von Wahlprozessen riskant und stets mit Vorsicht und Bedacht zu betreiben ist, so gäbe es doch keine Alternative. Insofern ist wichtig, dass der Demokratisierungsprozess von nationalen Akteuren getragen und von der internationalen Gemeinschaft über den Wahltag hinaus gestützt wird. Denn Wahlen sind nur ein Element auf dem Weg zu einer stabilen und funktionierenden Demokratie.

Reflecting on Peace Practice: Zweiter Austausch- und Trainingsworkshop

Collaborative for Development Action (CDA) und Swisspeace haben gemeinsam Anfang November in Basel einen weiteren Workshop zu Erfahrungen und neuen Entwicklungen des „Reflecting on Peace Practice“ Ansatzes durchgeführt. Die Teilnehmenden aus Organisationen der internationalen Friedens- und Entwicklungsarbeit repräsentierten Erfahrungen aus sehr unterschiedlichen (Post-)Konflikt-Kontexten.

Die Kernaussagen des Projekts „Reflecting on Peace Practice“ (RPP) besagen unter anderem, dass Interventionen im Bereich der Friedensarbeit nur dann Wirkung entfalten, wenn sie sowohl auf der individuellen wie auf der gesellschaftspolitischen Ebene ansetzen, und wenn sie sowohl auf Schlüsselpersonen wie auch auf eine große Anzahl an Personen abzielen.

Weitere Informationen

Cordula Reimann, Swisspeace
Cordula.Reimann@Swisspeace.ch

Links & Literatur

[CDA-Projekt "Reflecting on Peace Practice"](#)

Lessons Learnt des Projekts

“Peace programmes that focus on change at the individual/personal level, but that never link at the socio-political level have no discernible effect on peace.”

“Peace programmes that concentrate on the socio-political level and engage more people must link to activities to engage key people, and key people activities must link to engage more people, if they are to be effective.”

Inzwischen hat CDA die Nutzung und Weiterentwicklung ihrer Ergebnisse auf zwei Fragestellungen konzentriert: Die Entwicklung einer systemischen Konfliktanalyse sowie die Herstellung der als zentral erachteten Verbindungen zwischen den Interventionen auf den beiden Ebenen und den beiden Personengruppen. Im Mittelpunkt des Workshops stand die systemische Konfliktanalyse. Ansatzpunkt für ihre Entwicklung im Zusammenhang mit RPP war zum einen die Bestätigung der alten Erkenntnis, dass Konfliktanalysen das „A und O“ für die Entwicklung von wirkungsvollen Strategien im Bereich der Friedensarbeit sind, zum anderen allerdings die Feststellung, dass gute herkömmliche Konfliktanalysen nicht notwendiger Weise zur Entwicklung effektiver Interventionen führen. Die These von CDA ist, dass mit einer systemischen Analyse die Verbindungen zwischen Konflikt- bzw. Friedensfaktoren hergestellt werden, an deren Dynamik dann ebenfalls angesetzt werden kann - und nicht nur an den Faktoren selbst, wie dies herkömmliche Analysen nahe legen.

Die Analyse selbst sowie die Entwicklung darauf aufbauender Strategien ist in der Praxis jedoch sehr aufwendig. CDA hat deshalb so genannte „Archetypen“ von Konfliktsystemen entwickelt, die eine aufwendige Analyse ersparen, nicht jedoch die Möglichkeit nehmen soll, an den Friedens- und Konfliktodynamiken selbst ansetzen zu können. Die Herausforderung hier ist die Zuordnung der „Archetypen“

zu den tatsächlichen Konfliktsituationen und ihre Brauchbarkeit für eine entsprechende Strategieentwicklung. Die Teilnehmenden des Workshops blieben eher skeptisch und CDA versicherte, an der Weiterentwicklung der Instrumente zu arbeiten.

Interessant für den FriEnt Kontext und wert, intensiver genutzt zu werden, ist die Erkenntnis, dass es notwendig ist, Verbindungen zwischen den Ebenen und den Zielgruppen herzustellen.

Fragilität in Afrika überwinden: Erster Europäischer Entwicklungsbericht veröffentlicht

Das Thema Fragilität gewinnt in der europäischen Entwicklungspolitik zunehmend an Prominenz. Jetzt hat ein Konsortium aus verschiedenen europäischen Forschungsinstitutionen im Auftrag der Europäischen Kommission den ersten „European Report on Development“ (ERD) veröffentlicht. Darin widmen sich die Experten Merkmalen und Ursachen für die Fragilisierung von Staaten und benennen Prioritäten für das Engagement der EU in fragilen Staaten.

Der Bericht betont dabei die Notwendigkeit, fragilen Situationen durch langfristiges und verlässliches Engagement zu begegnen. Die EU müsse gerade in fragilen Staaten geschlossen auftreten und abgestimmt handeln, um ihre komparativen Vorteile zu nutzen. Die Prioritäten der EU müssten dabei darauf liegen, den Staatsaufbau und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, die Kluft zwischen kurzfristigen Bedürfnissen und langfristiger Erholungsfähigkeit zu überbrücken, das Human- und Sozialkapital zu stärken, die Regierungsführung auf lokaler Ebene zu verbessern und regionale Sicherheit und Entwicklung zu fördern.

Weitere Informationen

Marc Baxmann, FriEnt
Marc.Baxmann@bmz.bund.de

Links & Literatur

[Overcoming fragility in Africa: Forging a new European approach](#)
European Report on Development | 2009

[Working with Civil Society in Fragile States](#)
INTRAC | Briefing Paper 23 | 2009

[Towards an EU response to situations of fragility](#)
Europäische Kommission | 2009

Impressum

Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt)
c/o BMZ, Adenauerallee 139 – 141
53113 Bonn
www.frient.de

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Marc Baxmann
Tel. +49-228-535-3447, Fax: +49-228-535-3799
Marc.Baxmann@bmz.bund.de

V.i.S.d.P: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann per [Formular](#) auf der FriEnt-Website bestellt werden. Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder.